

Umstrittene Werbung

„Fragwürdiges Demokratieverständnis“ haben die Grünen-Stadträte Oberbürgermeister Fenrich vorgeworfen und den CDU-Politiker damit an einer empfindlichen Stelle getroffen. Entsprechend scharf hat das Stadtoberhaupt erwidert und seinen Kritikern ein gestörtes Verhältnis zu den Tatsachen vorgehalten. Wer keine überzeugenden inhaltlichen Argumente mehr habe, dem bleibe nur noch die Flucht in Formalien, schrieb Fenrich den Grünen-Stadträten ins Stammbuch.

Mühsam schleppen sich die Informationsveranstaltungen zu der am 27. November stattfindenden Volksabstimmung zu Stuttgart 21 hin. Weder Befürworter noch Gegner konnten bisher nennenswert das Wahlvolk mobilisieren. Es ist zu befürchten, dass es nach der Abstimmung heißen wird: „Außer Spesen nichts gewesen.“ Um etwas Farbe in diese triste Vor-Wahl-Zeit zu bringen, hat Heinz Fenrich am Dienstag eine bunt beklebte Stadtbahn aufs Gleis gesetzt, die seither im Netz des Karlsruher Verkehrsverbunds für Zustimmung zum Milliarden-Projekt Stuttgart 21 und zum Ausbau der Bahnstrecke Stuttgart-Ulm wirbt. Fenrich legt Wert darauf, dass er die Stadtbahn nicht als

Stadtgespräch

Karlsruher Oberbürgermeister, sondern als Vorsitzender der transeuropäischen Initiative „Magistrale für Europa“ auf Tour durch die Region geschickt habe.

Die Grünen sahen die Magistrale in diesem Fall als „Deckmäntelchen“ und mahnten Fenrich zur politischen Neutralität. Nicht ganz zu Unrecht. Denn Fenrich wird von den Bürgern als Karlsruher Stadtoberhaupt wahrgenommen. Da unterscheidet kaum jemand, ob jetzt der Rathauschef oder der Chef der Magistrale-Initiative in der Öffentlichkeit auftreten ist. Das ist auch Fenrich klar. Umso wichtiger wäre es gewesen, einen anderen Vertreter der Initiative mit der Mission zu betrauen. Dass neben Fenrich beim Start der Werbe-Stadtbahn auch Vertreter des Unterstützerkreises für Stuttgart 21 wie der Abgeordnete Manfred Groh (CDU) und der frühere Bürgermeister Ullrich Eidenmüller (FDP) vor die Kamera getreten sind, macht die Aktion noch undurchsichtiger. Machen diese jetzt auch bei der Magistrale mit? Die Grünen vermuten, dass Fenrich dem Unterstützerkreis für eine Zusammenkunft sogar Räume im Rathaus zur Verfügung gestellt hat. Sollte dies zutreffen, müsste man in der Tat die Neutralitätsfrage stellen. Leider ging der Rathauschef in seiner Erwiderung an die Grünen auf diesen Vorwurf ebenso wenig ein wie auf die Frage, wer denn die Werbung auf der Stadtbahn bezahlt habe.

Wenn Fenrich darauf hinweist, dass sich die Bürger nur ihre eigene Meinung bilden und frei entscheiden können, wenn sie sachlich und umfassend informiert sind, kann man ihm nicht widersprechen. Aber diese Information ist in erster Linie Aufgabe der politischen Parteien. Gewollt oder ungewollt hat sich der Oberbürgermeister zum Helfer der Stuttgart-21-Befürworter gemacht. Dass dies den Gegnern nicht passt sollte niemandem verwundern. Günther Kopp

Nach Arbeitsunfall in Lebensgefahr

BNN – Lebensgefährliche Verletzungen hat gestern ein 42 Jahre alter Mann bei einem Arbeitsunfall in Stupferich erlitten. Wie die Polizei mitteilt, war der Arbeiter gegen 15 Uhr in der Straße „Auf der Römerstraße“ auf einer Baustelle damit beschäftigt, Stahlsprößen an Betonfertigteilen anzubringen.

Hierzu stand der Mann auf einer Leiter, die unmittelbar an einem tiefen Schacht aufgestellt und an eine Fertigteil angelehnt war. Plötzlich rutschte die Leiter nach hinten weg und fiel mitsamt dem Arbeiter und dem von ihm verwendeten Werkzeug rund zehn Meter in die Tiefe. Der Mann zog sich neben Kopfverletzungen zahlreiche Knochenbrüche zu.

Radlerin schlägt auf Passanten ein

BNN – Festgenommen hat eine Polizeistreife eine 29-jährige Radlerin, die am Donnerstag gegen 16.45 Uhr bei der Haltestelle Europaplatz massiv auf einen Passanten einschlug. Wie die Polizei berichtet, hatte dieser die Frau zuvor zur Rede gestellt, da sie in der Fußgängerzone fuhr. Die Beamten bitten den Mann, sich unter 9 39-43 11 zu melden.



BEIM NOTFALL IM EINSATZ sind in Karlsruhe regelmäßig auch viele Ehrenamtliche, etwa (von links) beim Deutschen Roten Kreuz (DRK), den Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk (THW), der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) und dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB). Die Organisationen präsentieren sich jetzt auf einer gemeinsamen Internetplattform. Das ist bundesweit einmalig. Fotos: pr

Helfer werben gemeinsam um Verstärkung

Bundesweit einzigartiges Karlsruher Projekt wird ab Januar auf den Landkreis ausgedehnt

Von unserem Redaktionsmitglied
Kirsten Etzold

Das Blaulicht rotiert, der Lärm des Martinshorns signalisiert: Achtung, Einsatz! Geht es um Gefahr für Leib und Leben, sind in Karlsruhe auch Ehrenamtliche regelmäßig gefragt. Freiwillige Feuerwehren, Rettungsorganisationen, Technisches Hilfswerk (THW), Bergwacht und die Rettungsschwimmer der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) stellen aktive und versierte Kräfte, besetzen Bereitschaftsdienste, gestalten Ausbildungs- und Gemeinschaftsprogramme.

Doch so treu die Hunderte Karlsruher Helfer ihrer ehrenamtlichen Berufung in der Regel sind – spätestens um den 65. Geburtstag endet in der Regel die aktive Dienstzeit. Was tun, wenn der Nachwuchs knapp wird? Mit vereinter Kraft Interessierte werben, das ist das neue, bundesweit einzigartige Konzept von neun Karlsruher Ortsgruppen bei Notfällen tätiger Hilfsorganisationen. Kern ist die gemeinsame Info-Plattform www.HelfenKannJeder.de im Internet. (Siehe auch Stichwort.)

Anfragen von Medien und Organisationen aus ganz Deutschland gehen seit dem Start des Projekts beim Mitinitiator David Domjahn vom THW ein. Die Idee sei nach dem Brand des Streichelzoos im November 2010 entstanden, als verschiedene Hilfsorganisationen Hand in Hand arbeiteten, um die Folgen des Unglücks zu begrenzen, berichtet er. Konkurrenz sei we-

ning zu spüren, ergänzte Florian Geldner vom Stadtfeuerwehrverband Karlsruhe.

Das Ende von Ersatz- und Zivildienst durch die Abschaffung der Wehrpflicht reißt bei den Ehrenamtlichen eine Lücke. Künftig fehlt die Verstärkung durch junge Männer, die mehrjährigen Ersatzdienst leisten. Früher kam auch mancher durch den Zivildienst in Kontakt mit dem Rettungsdienst und blieb dann dabei. Demografische Entwicklung und die Freizeitansprüche junger Menschen sind weitere kritische Aspekte. „Heranwachsenden ist nicht leicht zu erklären, dass man bei uns regelmäßig etliche Stunden arbeitet und dafür kein Geld

bekommt, sondern noch Mitgliedsbeitrag zahlt“, sagt Sören Schmidt von der Stadtgruppe Karlsruhe der DLRG. Fahrtkosten, eventuell Beteiligung an Dienstkleidung und manche Extraausgabe fallen an.

Dennoch fühlen sich die Aktiven durch ihren Einsatz bereichert. „Wir lernen Menschen kennen, denen wir sonst nicht begegnet wären, testen Fähigkeiten, entwickeln viele Qualitäten und Führungskompetenz. Diese Kenntnisse nehmen wir auch mit ins Berufsleben“, sagt Domjahn. Auch persönlich profitiere jeder Einzelne: „Wir sammeln im Einsatz unbezahlbare Erfahrungen.“ Auch Arbeitgeber beein-

drucke solches Engagement oft positiv, betont Andreas Wolf, Geschäftsführer des jüngst auch in die Plattform aufgenommenen Rettungsdienstes Promedic.

Erwachsene und jugendliche Aktive suchen die Initiatoren der Plattform, Frauen und Mädchen sind in allen beteiligten Hilfsorganisationen besonders gern gesehen. „Sage uns, was Du tun möchtest, wir sagen Dir, wo“ – mit diesem Slogan macht der neue Zusammenschluss auch mit druckfrischen Falbblättern auf sich aufmerksam. Selbst ein körperliches Handicap muss kein Hindernis sein: Das THW etwa sucht dringend einen Koch.

„Bei Bränden, Unfällen und Katastrophen, aber auch bei der Absicherung von Veranstaltungen wird jede Helferin und jeder Helfer benötigt“, betont der Amtsleiter der Karlsruher Branddirektion, Roland Goertz. Roland Lay, Leitender Polizeidirektor des Polizeipräsidiums Karlsruhe, unterstreicht: „Unsere Gesellschaft benötigt kein anonymes Nebeneinander, sondern aktives Miteinander.“ Landesinnenminister Reinhold Gail ließ den Start der Plattform bezuschussen und wünscht sich, dass die Karlsruher Aktion landesweit Schule macht. Das in rund 1 500 Stunden ehrenamtlich erstellte Portal ist technisch dafür vorbereitet. Ab Januar soll es auf den Landkreis Karlsruhe ausgedehnt werden. Dafür suchen die Initiatoren noch Sponsoren. Zudem bringen Aktive in diesen Tagen Plakate in die Karlsruher Schulen. Ihre Botschaft: „Helfen kann jeder.“

Stichwort

HelfenKannJeder.de

Neun in Karlsruhe tätige Hilfsorganisationen stellen in der neuen Internetplattform www.HelfenKannJeder.de ihr jeweiliges Aufgabenspektrum dar, von der Abwehr atomarer Gefahren bis zur Trinkwasseraufbereitung in Flüchtlingslagern.

Illustriert mit packenden Fotos von Einsätzen, sind rund 2 500 Mitmachmöglichkei-

ten hinterlegt, das Surfen auf der übersichtlich gestalteten Seite fällt auch Ungeübten leicht. Um die Hemmschwelle zu senken und auch Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen, sind zusätzlich „Paten“ benannt.

An dem Projekt beteiligt sind (in alphabetischer Reihenfolge) der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Bergwacht, das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), die Freiwilligen Feuerwehren, die Johanniter Unfallhilfe, der Malteser Hilfsdienst, Promedic und das Technische Hilfswerk (THW). ke



DER ZWEITE BAUABSCHNITT im Karree „Rosengarten“ ist in Arbeit. Fast die Hälfte der 56 neuen Wohnungen, die hier entstehen, ist bereits verkauft. Foto: jodo

56 neue Wohnungen

Karree „Rosengarten“ in der Südstadt-Ost wächst weiter

dis. Der östliche Teil der Südstadt wächst rasant weiter: Gestern Mittag gab es den Spatenstich zum zweiten Bauabschnitt am Karree „Rosengarten“ entlang des künftigen Quartiersplatzes, den das gesamte Baugelände nach Fertigstellung dieser Wohnungen erhalten wird. Umgesetzt wird der Rosengarten vom Immobilienentwickler Bouwfonds in Stuttgart und dem Karlsruher Immobilien- und Finanzierungscenter-Center Laub. Die Nachfrage nach Wohnungen in dem noch jungen City-Park im Südosten der Stadt ist weiterhin ungebrochen.

Der neue Bauabschnitt entlang der Klara-Siebert-Straße umfasst 56 Wohnungen und ist schneller begonnen worden als vorgesehen. Der Grund: Obwohl der Spatenstich erst jetzt erfolgte, ist schon nahezu die Hälfte der Wohnungen verkauft. Beim ersten Abschnitt in unmittelbarer Nachbarschaft läuft es noch besser: Hier sind 43 von 45 Wohneinheiten bereits verkauft.

Die Bauarbeiten an dieser Stelle laufen seit März 2011, und der Rohbau ist vor einer Woche

von den Behörden abgenommen worden. Folgen soll noch ein dritter Bauabschnitt, der bis 2014 fertig sein soll und sich gerade in der Projektierung befindet.

Der Gesamtkomplex umfasst nach Angaben des Bouwfonds-Prokuristen Antonius Kirsch eine Investitionssumme von 40 Millionen Euro. „Das ist in diesen Zeiten keine Kleinigkeit“, fügte er hinzu. Mitgewirkt an der Planung des Baukörpers im zweiten Bauabschnitt hat unter anderem das Architektenbüro Kränzle & Fischer-Wasels.

Baubürgermeister Michael Obert lobte die Architektur als Beitrag zum urbanen Stadtteil im Osten der Südstadt. „Die Architektur wird zunehmend besser“, sagte er über den City-Park, der in seiner Ausgestaltung innerhalb der Bevölkerung nicht unumstritten ist. Es gehe schneller voran, so Obert weiter, das bedeute automatisch, dass auch der Quartiersplatz schneller fertig werde. Allerdings werde man hier sehen müssen, ob dieser tatsächlich so umgesetzt werden könne, wie er im Bebauungsplan vorgesehen sei.

Keine Wahlempfehlung zum Volksentscheid über S 21

Mitgliedertreffen der Landesvereinigung Baden in Europa

dis. Die Landesvereinigung Baden in Europa plädiert in einer Stellungnahme dafür, am 27. November „auf jeden Fall“ an der Volksabstimmung zum Thema Stuttgart 21 teilzunehmen. Der Vorstand der Landesvereinigung präsentierte das Papier auf der Mitgliederversammlung am Donnerstagabend im Ziegler-Saal als kleinsten gemeinsamen Nenner, um eine Wahlempfehlung zu vermeiden. Man habe über diese Frage „lange und hart“ diskutiert, so der Vorsitzende Robert Mürb. Man wolle den Mitgliedern aber nicht vorschreiben, wie man abzustimmen habe.

Eine Mehrheit der Mitglieder in der Landesvereinigung ist gegen den Bau von Stuttgart 21. Ausdrücklich sei aber auf eine entsprechende Wahlempfehlung verzichtet worden, ergänzte der stellvertretende Vorsitzende Harald Denecken. Allerdings: Genannt werden in dem Papier lediglich Argumente gegen den Bau von Stuttgart 21. Einer der Punkte: Die Landesvereinigung befürchtet, dass durch den Bau des Stuttgarter Großprojekts, zahlreiche wichtige Schienenprojekte der Bahn in der badischen Landeshälfte ins Hintertreffen geraten könnten.

In Stuttgart werde heute auf die bestehenden Verträge für den Tiefbahnhof hingewiesen, aber es werde versäumt, seit Jahrzehnten gültige, internationale Verträge für den Ausbau der Oberrheinstraße von Karlsruhe über Offenburg bis Basel einzuhalten, heißt es in der Stellungnahme. „Es ist unsere Pflicht, die badischen Interessen zu vertreten“, fügt Denecken hinzu.

Vor der Vorstellung des Papiers war Vorsitzender Robert Mürb auf die zahlreichen Akti-

vitäten im vergangenen Jahr eingegangen. In Bezug auf die neue Landesregierung sagte er, die parteipolitische Neutralität der Landesvereinigung trage nun Früchte. Mit allen Partnern in Stuttgart habe man die Gespräche nahtlos fortsetzen können. Jetzt bemühe man sich um einen Termin mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Mürb erinnerte daran, dass sich die Aufgabenstellung auch unter der neuen Regierung nicht geändert habe, denn noch immer gerate der badische Landesteil bei den Zuwendungen ins Hintertreffen. Mürb nannte als Beispiel die Majolika. Während das Marbacher Gestüt Unterstützung in Millionenhöhe erhalte, schle-

che sich das Land bei der Majolika heraus.

Ein weiterer Schwerpunkt des Abends war eine Diskussion über die Tri-

stische Metropolenregion Oberrhein (TMO), die mehrere Städte entlang des Oberrheins von Basel bis in die Südpfalz umfasst. Der Baden-Württembergische Europaminister Peter Friedrich (SPD) sagte, in der TMO stecke Dynamik. Sie sei eine Innovation und besitze eine einmalige Architektur. Die Besonderheit bestehe darin, dass die TMO ein Netzwerk aus vielen Zentren sei und keine neue Verwaltungsebene eingezeichnet werde. Ebenso sei neben der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik auch die Zivilgesellschaft eine der tragenden Säulen.

Weniger euphorisch sieht der Europaabgeordnete Daniel Caspary (CDU) die Metropolenregion. Vor allem im nördlichen Teil rund um Karlsruhe mangle es noch an grenzübergreifender Identität. Im Süden sei diese schon viel ausgeprägter.

Diskussion über Metropolregion

Karten für Konzert mit Luftwaffenorchester

pp. Das in Karlsruhe stationierte Luftwaffenmusikkorps 2 unter der Leitung von Major Martin Wehn spielt am kommenden Dienstag, 15. November, 19.30 Uhr in der Neureuter Badnerlandhalle zugunsten der BNN-Weihnachtsaktion „Wir helfen“.

Für dieses Konzert, das eine abwechslungsreiche Mischung aus Märschen, konz-

ertanten Stücken und Ausschnitten aus Musicals bietet, gibt es ab 18.30 Uhr an der Abendkasse noch Restkarten.

Das Luftwaffenmusikkorps gestaltet seit Bestehen der BNN-Spendenaktion „Wir helfen“ im Jahr 1993 mit einem Benefizkonzert deren Auftakt. Inzwischen hat sich um die Luftwaffenmusiker eine große Fangemeinde gebildet, die sehr bedauert, dass nach dem Willen des Bundesverteidigungsministeriums das Musikkorps aufgelöst wird.